

Gerhard Schmitz Kaarst aktiv/UWG

Betr. Haushalt der Stadt Kaarst

Verehrte Bürgermeisterin

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Kollegen und Kolleginnen

Die Erhöhung der Grundsteuer B, wie beschlossen, auch von den konservativen Parteien, ist keine Maßnahme um einen Haushalt zu sanieren, wie sich bereits Anja Rüdiger von unserer Fraktion Kaarst aktiv und UWG, geäußert hat. Deshalb lehnen wir den Haushalt ab.

Vielmehr sollten sich Politiker mehr engagieren für eine Politik der guten Finanzen, für den Wohnungsbau und der Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen der Stadt. Einsparvorschläge unserer Fraktion wurden im WIFIDI eingebracht. Das unter anderem hier geforderte allgemeine Einsparpotenzial der Verwaltung von 500.000,- € dürfte bei gutem Willen leicht um zu setzen sein. Die erheblichen Kosten für Digitalisierung und Software sollten durch rationellere Arbeitsweisen die Lohnkosten, entsprechend verringern.,

Um Kosten ein zu sparen sollten wir auf Gutachter, Berater und Planer möglichst verzichten. Als Beispiel: Bei der Diskussion um die Parkpaletten hatte ich, um dieses zu verhindern, ein Umweltgutachten gefordert. Dies ist mittlerweile auch von anderen Parteien; wie der FWG und der SPD auch so gewünscht. Auch hier sollte man davon absehen, um unnötige Kosten zu sparen. Da unser normaler Menschenverstand sagt, dass die Vegetation eines entsiegelten Parkplatzes, die Umweltbelastung durch Produktion und Bau der Parkpaletten niemals ausgleichen kann. Abgesehen von den Kosten der Herstellung.

Im Übrigen nehmen die Berater in den Ausschüssen viel Rede und Diskussionszeit in Anspruch, welche die konstruktive Ratsarbeit beeinträchtigen.

Mehreinnahmen könnten auch über höhere Grundstückspreise an der Birkhofstraße erzielt werden. Der Maßstab sollte nicht der Grundstückspreis von Dreeskamp sein, sondern der Preis des nebenan aktuell erzielten Marktpreises für diese Lage. Ein so wertvolles Grundstück kann nicht für

kurzfristige Experimente erhalten. . Ansonsten werden hier Gelder in Millionenhöhe für eine Idee verschenkt. Nur mit dem Verkauf dieses Grundstücks zum aktuellen Marktwert, könnte auf die Steuererhöhung verzichtet werden. Hier sind wir gefordert !

Grundstück Alt Ikea

Von dem Druck auf die Bürgermeisterin, die Vermarktung schnellstmöglich vorzunehmen , halte ich nichts. Anstatt dessen müssen wir diese Grundstück eine Nachfrageorientierte Nutzung zuführen. D.h. für Wohnen und Arbeiten .Hierfür besteht aktueller Bedarf. Deshalb fordere ich von der Politik und Verwaltung, eine entsprechende ,Änderung des Bebauungsplanes für die erstklassige Lage.

- 1. Um Wohnungsknappheit zu mildern,**
- 2. Das Zentrum zu stärken , z.B. mit dem Fahrrad in 5 Minuten zu erreichen.**
- 3. Auf Dauer den Haushalt durch erhebliche Mehreinnahmen langfristig zu sanieren.**

Hierdurch können wir in den nächsten 3-4 Jahren pro Jahr ca 6 Millionen € an Mehreinnahmen der Stadtkasse zuführen. Im Übrigen zahlen hier Bürger ,welche sich hier ansiedeln , anteilig mit 15 % ihrer Einkommensteuer an die Stadtkasse. Diese Einnahmequelle macht für die Stadt Kaarst den höchsten Einnahmenbetrag von 34,5 Millionen aus, Gewerbesteuern nur 23 Millionen.

Bei der großen Nachfrage , ist hier in einem halben Jahr mit dem Bau der ersten Wohnungen möglich , vorausgesetzt, dass sich die Politik hier schnell entscheiden kann. Dass sich hierfür zuletzt interessierte Gesundheitszentrum könnte auf dem Gelände der ehemaligen Martinsklause, neben dem Rathaus , entstehen. Im Parterre würde ein Cafe und Begegnungsstätte und in den darüber liegenden Etagen Ärzte und andere zentrumsrelevante Mieter angesiedelt werden. ,. Auch hierfür könnte noch zusätzlich ein 1 Millionenbetrag für das Grundstück erwirtschaftet werden .Durch das Ausschöpfen der Potenziale der Grundstücke , ist die Stadt Kaarst in der Lage die Gewerbesteuer zu senken, und kann damit mehr potenzielle Steuerzahler anlocken. Das -Monheimer Modell-steht hier als Vorbild .wo viele soziale Leistungen und eine hohe Lebensqualität angeboten werden .

An der Finanzlage und Wohnungsknappheit sieht man , dass die Politik und Verwaltung im letzten Jahr nicht zielführend und ausreichend gehandelt hat.

Dafür , dass viele neue Politiker gewählt wurden , hätten die Bürger dies bezüglich mehr erwarten können.

In diesem Sinne : Arsch hoo und Zäng usenanger

**Gerhard Schmitz
Kaarst aktiv / UWG**